

Haushaltsrede des Bürgermeisters Lars Krause

06. Februar 2024

Sehr geehrte Mitglieder des Gemeinderats,
sehr geehrte Vertreter der Presse,
sehr geehrte Damen und Herren,

- wir wollen heute den Haushalt 2024 für die Gemeinde Rastede beschließen. Es ist gute Tradition, dass vor der Aussprache der Fraktionen eine Einordnung der Zahlen durch den Bürgermeister erfolgt.

-Beginnen möchte ich mit einem Blick auf das zurückliegende Haushaltsjahr 2023. An der im vergangenen Jahr prognostizierten Rezession sind wir in Deutschland vorbeigeschrammt.

-Unseren Gemeindehaushalt konnten wir im vergangenen Jahr stabiler halten, als noch zum letzten Jahreswechsel angenommen. Wir durften mit einer weiterhin guten Gewerbesteuer kalkulieren, die mit 20,1 Mio. Euro sogar deutlich über dem erwarteten Ansatz von 16,3 Mio. Euro lag.

-Einige der geplanten Maßnahmen sind beim Mittelabfluss noch nicht so weit gekommen, wie wir es geplant hatten. Teilweise wurden Investitionen wie z.B. für die Sanierung des Freibads nochmals für 2024 angemeldet beziehungsweise Haushaltsausgaben gebildet.

-Die guten Steuereinnahmen und verschobene Investitionen führen dann auch dazu, dass wir zum Jahresende über eine gute Liquidität verfügen und die Aufnahme neuer Kredite 2023 bis auf ein zinsgünstiges KfW-Darlehens in Höhe von rund 1,9 Mio. Euro für den Erweiterungsbau an der KGS Wilhelmstraße nicht erforderlich wurde.

-Der Schuldenstand zum 31.12.2023 belief sich auf rund 8,2 Mio. Euro. Dennoch gab es in den vergangenen Jahren umfangreiche Investitionen wie z.B. bei den Schulen, Kindertagesstätten, den Feuerwehren, dem Freibad und den Ankauf von potenziellen Gewerbeflächen.

-Auf den Haushalt 2024 können wir nicht mit so viel Optimismus blicken. Er ist ein offenes Buch, geprägt von Zahlen, Daten und er erzählt dem interessierten Leser von den Herausforderungen, die wir zu bewältigen haben. Er ist aber auch der Ausblick darauf, wie wir unsere Gemeinde weiter stärken und zukunftsfähig machen wollen.

-Das Volumen unseres Ergebnishaushalts wird im kommenden Jahr etwa 55,9 Millionen Euro umfassen. Leider müssen wir uns mit einem Defizit von rund 770.000 Euro auseinandersetzen, eine Tendenz, die bereits aus unserer mittelfristigen Planung bekannt war und uns auch künftig begleiten wird.

-Zwar konnten wir das Defizit durch höhere Erträge beispielsweise bei den Schlüsselzuweisungen und den Anteilen an der Einkommen- und Umsatzsteuer sowie eines Zuschusses des Landkreises in Höhe von knapp 1 Mio. Euro für die Kindertagesstätten

im Vergleich zur ersten Entwurfsfassung mit einem Defizit von über 3 Mio. Euro deutlich verringern; gleichwohl kann der Haushaltsausgleich nur über einen Rückgriff auf die Überschusslage erfolgen.

-Die erwartete Gewerbesteuer in Höhe von rund 17,5 Millionen Euro ist eine gewissenhafte Schätzung. Wir beobachten die Prognosen der Wirtschaft mit Vorsicht, doch wir hoffen auf eine weiterhin stabile Wirtschaftslage, die gegebenenfalls höhere Erträge am Ende des Jahres ermöglichen könnte.

-Ansonsten erwarten wir bei den allgemeinen Deckungsmitteln nach der Nullnummer in 2023 in diesem Jahr wieder Schlüsselzuweisungen von rund 5 Mio. Euro.

-Ein besonders augenfälliges Merkmal in unserem Ergebnishaushalt sind die Personalkosten, die von 13,7 Millionen Euro auf 14,35 Millionen Euro steigen. Diese Steigerungen sind unumgänglich, um das breite Aufgabenspektrum unserer Kommune bewältigen zu können und sie bilden die Lohnerhöhungen im öffentlichen Dienst ab.

-Zudem bieten wir teilweise neue Benefits wie Hansefit und Fahrradleasing für unsere Mitarbeiter, um Fachkräfte zu gewinnen und zu halten, denn der Fachkräftemangel ist auch in der öffentlichen Verwaltung – und das sehen wir als Rat und Verwaltung gemeinsam - immer stärker spürbar.

-Es geht dabei aber nicht darum, den Mitarbeitenden den roten Teppich auszurollen. Mitarbeiterbindung und Mitarbeitergewinnung ist kein Selbstzweck. Es ist die Einsicht darin, dass wir Dienstleister sind und dass wir auf einem umkämpften Arbeitsmarkt die besten Köpfe bei uns halten und weiter für uns gewinnen wollen, eben um unseren Bürgerinnen und Bürgern eine gute Aufgabenerfüllung der Gemeinde bieten zu können.

-Ein weiterer großer Posten mit 2,15 Mio. Euro betrifft die Unterhaltung von Gebäuden und Grundstücken. Hierfür sind im Vergleich zum Vorjahr rund 550.000 Euro mehr kalkuliert, um beispielsweise die Sanierung der sanitären Anlagen an der GS Kleibrok (50.000 Euro), des Flachdachs an der GS Hahn-Lehmden (40.000), die Teilerneuerung der Duschanlagen in der MZH Feldbreite (50.000), die Erneuerung der Gasanlage in den naturwissenschaftlichen Räumen der Schule am Voßbarg (40.000) sowie eine Unterhaltungsmaßnahme am Schmutzwasserkanal der GS Wahnbek (40.000) durchführen zu können. An diesen Beispielen erkennt man, dass uns der Erhalt von Bausubstanz wichtig ist.

-Damit komme ich zum Finanzhaushalt. Die Investitionen für das Jahr 2024 belaufen sich auf insgesamt rund 21,2 Millionen Euro. Der Fokus muss auf einer klaren Konzentration auf Pflichtaufgaben, in diesem Jahr insbesondere im Bereich Kindergarten, Asyl und Feuerwehr, liegen.

-Wir stellen in einem ersten Schritt 1,4 Mio. Euro zur Verfügung, um in Loy und Kleibrok leistungsstarke Kindergärten in einer hohen und zeitgemäßen Energieeffizienz zu erstellen beziehungsweise zu ergänzen. Apropos Energieeffizienz: Selbstverständlich prüfen wir bei allen anstehenden Neubauten beziehungsweise Sanierungsarbeiten

energetische Verbesserungen oder den Einsatz von regenerativer Energie. Beispielfähig möchte ich hier nur die gerade beschlossene Photovoltaikanlage auf dem Freibaddach zum Gesamtpreis in Höhe von knapp 110.000 Euro nennen.

-Die weiteren laufenden Kosten für die Unterbringung von Asylbewerbern stellen uns als Pflichtaufgabe ebenfalls vor weitere Herausforderungen. Wir haben hier über die letzten Jahre mit zahlreichen angemieteten Immobilien viel Geld in die Hand genommen. Doch jetzt stehen wir an einem Punkt, dass wir die Aufgabe haben, sicherzustellen, dass nach Möglichkeit öffentliche Einrichtungen wie beispielsweise die Turnhalle Wilhelmstraße wieder soweit wie möglich ihrer originären Nutzung zugeführt werden können.

-Hinzu kommt, dass teilweise endende Mietverhältnisse und die nach wie vor hohen Flüchtlingszuweisungen die Situation nicht erleichtern, sodass wir jetzt handeln müssen. Deshalb haben wir für den Aufbau von zentralen Flüchtlingsunterkünften im diesjährigen Haushalt 900.000 Euro und für 2025 insgesamt 2,1 Mio. Euro veranschlagt.

-Das Recht auf Asyl ist ein Pfeiler unseres Rechtsverständnisses. Aber die Kommunen können diese Probleme nicht alleine schultern. Wir brauchen europaweite Lösungen für die Migration. Sonst wird das Problem uns komplett überfordern und unsere kommunalen Möglichkeiten erheblich einschränken.

-Von ausgesprochen großer Bedeutung sind unsere Freiwilligen Feuerwehren. Dies spiegelt sich eindrucksvoll auch im Haushalt 2024 und in den Folgejahren wieder. So sind erst einmal jeweils 500.000 Euro für die Erweiterung der Feuerwehrgerätehäuser in Hahn und Ipwege-Wahnbeck vorgesehen, die beide ein Gesamtvolumen von jeweils 4 bis 5 Mio. Euro über die Jahre 2024 bis 2026 beinhalten.

-Für Hahn steht zudem noch ein neues TLF 4000 für über 400.000 Euro an und auch sonst werden nahezu alle Bedarfe unserer sechs Ortsfeuerwehren erfüllt. Besonders deutlich wird dies auch in der mittelfristigen Finanzplanung, wo Finanzmittel im zweistelligen Millionenbereich eingeplant sind.

-Erst einmal 320.000 Euro haben wir in die Straßenbaumaßnahme Diedrich-Freels-Straße eingeplant und Verpflichtungsermächtigungen von knapp 4 Mio. Euro verankert, um nicht nur die Straße, sondern auch den Schmutz- und Regenwasserkanal zu erneuern. Dies ist auch zwingend erforderlich, denn unser Kanalsystem ist in einigen Bereichen deutlich in die Jahre gekommen und muss erneuert werden. Weitere Straßen wie Am Hagendorffs Busch werden folgen müssen.

-Neben den zahlreichen Pflichtaufgaben die vor uns liegen, steht aber mit der Sanierung des Palaisensemble auch eine freiwillige Leistung ganz oben auf der Agenda. Nach intensiver Diskussion im Fachausschuss haben wir uns einvernehmlich auf einen Sanierungsfahrplan geeinigt, der aus meiner Sicht sehr sinnvoll ist, um das Ensemble zu dem zentralen Kulturstandort zu machen, den wir uns alle gemeinsam vorstellen.

-Aus haushaltspolitischer Sicht kann man schon behaupten, dass wir mit einem reduzierten Eigenanteil von maximal 1,1 Mio. Euro von 2024 bis 2027 (300.000 Euro für 2024) und die in Aussicht gestellten Zuschüsse von insgesamt rund 2 Mio. Euro das Palaisensemble zu einem echten Schmuckstück entwickeln kann, dass den

Bedürfnissen der Inklusion nachkommt und auch als Veranstaltungsort mit Aufenthaltsqualität zu überzeugen weiß.

-Nicht zu vergessen sind beim Haushalt 2024 die zahlreichen vertraglichen Dinge, die bereits teilweise vor Jahren besiegelt wurden und jetzt ins Kontor schlagen. Angefangen vom Zuschuss an den Landkreis für die Breitbandversorgung der Gewerbebetriebe in Höhe von 1,23 Mio. Euro über den Ankauf der Flächen am Roggenmoorweg (1,57 Mio. Euro), den Ankauf und die Herrichtung der Betriebsstätte an der Kleibroker Straße für den Bauhof (3,35 Mio. Euro) über den Ankauf von zukünftigen gewerblichen Flächen in Leuchtenburg (684.000 Euro) werden Zahlungen von über 6,8 Mio. Euro fällig, die auf Beschlüsse in der Vergangenheit zurück zu führen sind.

-Um all diese ehrgeizigen und notwendigen Projekte zu realisieren, sehen wir uns gezwungen, eine Kreditaufnahme von 12,8 Millionen Euro einzuplanen. Diese Planung führt zu einer Erhöhung des planerischen Schuldenstandes auf rund 20,5 Mio. Euro zum 31.12.2024. Ein Umstand, auf den ich noch einmal vertiefend eingehen möchte.

-Meine Damen und Herren,
neue Schulden werden wir sehr verantwortungsbewusst für sinnvolle Investitionen aufnehmen. Wir werden 2024 auch im Haushaltsvollzug darauf achten, sparsam mit den uns anvertrauten Mitteln umzugehen und wie schon im Rahmen der Haushaltsberatungen angeklungen, soweit wie möglich versuchen, auch noch Reduzierungen im zweistelligen Prozentbereich durch die Senkung von Standards vorzunehmen.

-Unter diesen Voraussetzungen sehe ich den Haushalt 2024 als solide und in der Umsetzung als machbar an, zumal – wie soeben gesagt – allein Ausgaben im investiven Bereich in Höhe von über 6,8 Mio. Euro auf einmalige Beschlüsse aus den Vorjahren beruhen.

-Doch was kommt in den Folgejahren auf uns zu? Was ist wünschenswert und was überhaupt noch leistbar? Diese Fragen werden uns in der Zukunft noch manches Mal beschäftigen. Denn eine Besserung sehe ich bei Betrachtung der mittelfristigen Finanzplanung nicht.

-Wenn es uns nicht gelingt, das Ruder herumzureißen, wird die Kreditaufnahme planerisch bis 2027 auf gewaltige 45 Mio. Euro hochschnellen, die dann erforderlichen Tilgungsleistungen den Haushalt um rund 1,7 Mio. Euro zusätzlich belasten und das sich immer größer auftuende Defizit im Ergebnishaushalt unsere Zahlungsfähigkeit gefährden. Das ist bedenklich und ich muss feststellen, dass bei anhaltenden Defiziten finanzielle Handlungsspielräume fehlen.

-Dies gilt nicht nur für die verpflichtende Ganztagsbetreuung an Grundschulen ab 2026, die Erneuerung des MuKuBi-Traks an der KGS Wilhelmstraße, die bereits erwähnte Sanierung von Gemeindestraßen und der Umbau beziehungsweise der Neubau von Feuerwehrgerätehäuser, sondern auch für Transformationsprozesse beispielsweise im Bereich des Klimaschutzes.

-Meine Damen und Herren, hier müssen wir gemeinsam dringend gegensteuern. Einerseits müssen Bund und Länder dafür Sorge tragen, dass nicht immer neue Aufgaben auf die Kommunen übertragen werden, ohne sie solide zu finanzieren und die finanzielle Basis der Kommunen nicht noch weiter erodiert.

-Doch auch wir müssen jetzt dringend unsere Hausaufgaben machen. Es geht darum sich ehrlich zu machen, was angesichts der Aufgabenfülle einer komplexen Welt in Zukunft finanziell und personell noch leistbar sein wird beziehungsweise was im Fokus stehen kann.

-Ich sage dazu: Mehr Minimalprinzip, weniger Perfektionismus. Wenn wir ständig mehr versprechen als wir halten können, macht sich die Politik am Ende unglaubwürdig und zwar auf allen Ebenen dieses Staates. Und das schadet der Demokratie und dem Vertrauen in den Staat.

-Vor diesem Hintergrund müssen wir genau prüfen, ob und inwieweit bestimmte freiwillige Angebote und Einrichtungen aufrecht erhalten bleiben können, zusätzliche Einnahmen erzielt und Ausstattungsstandards gesenkt werden können.

-Und hier erwarte ich auch einmal konkrete Vorschläge aus den Fraktionen, denn wir brauchen eine politische Kultur, in der nur so viel versprochen wird, wie auch geleistet werden kann. Deshalb packen wir es gemeinsam an, um auch mittelfristig in der Gemeinde Rastede nicht von der Kommunalaufsicht fremdbestimmt, sondern handlungsfähig bleiben zu können.

-Zum Abschluss möchte ich Ihnen, den Mitgliedern des Gemeinderats, für die Diskussion und aktive Mitarbeit am Haushalt 2024 danken.

-Ein besonderer Dank gilt abschließend den Mitgliedern der AG Haushalt, die sich über die normale Ausschussarbeit hinaus aktiv eingebracht haben.

-Als Fazit möchte ich festhalten, dass wir sehr große Herausforderungen vor uns haben, die wir gemeinsam meistern müssen. Mit dem aktuellen Haushalt gehen wir an die Schmerzgrenze und das riesige Investitionsvolumen sucht seinesgleichen.

-Das ist sicherlich so, jedoch haben alle geplanten Maßnahmen ihre absolute Berechtigung und zielen darauf hin, dass Rastede auch weiterhin eine prosperierende und zukunftsorientierte Gemeinde bleibt.

-Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Es gilt das gesprochene Wort